



Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege  
in Niedersachsen e.V.

## Wahlprüfsteine der LAG FW zur Niedersächsischen Landtagswahl am 15. Oktober 2017

Gemeinsam  
stark  
handeln



Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege  
in Niedersachsen e.V.

## Wahlprüfsteine der LAG FW zur Niedersächsischen Landtagswahl am 15. Oktober 2017

In der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e. V. (LAG FW e. V.) sind die sechs Niedersächsischen Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege zusammengeschlossen: Neben der Arbeiterwohlfahrt sind dies Caritas, Deutsches Rotes Kreuz, Diakonisches Werk, der Paritätische Wohlfahrtsverband und die Jüdische Wohlfahrt. Damit repräsentiert die LAG FW e. V. etwa 6 000 soziale Einrichtungen, Beratungsstellen und Dienste mit mehr als 270 000 hauptamtlichen Beschäftigten und über 500 000 ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern. Zur LAG FW e. V. gehören zudem die Landesstelle Jugendschutz, die Landesstelle für Suchtfragen, die LAG der Werkstätten für behinderte Menschen und die Stelle für soziale Innovation mit Hauptsitz in Lüneburg.

Die Kernforderungen der LAG FW für die nächste Legislaturperiode möchten wir Ihnen gern anhand der folgenden Kernthemen und Wahlprüfsteinen näherbringen.

### o. Daseinsvorsorge

Die Freie Wohlfahrtspflege erbringt ihre Dienstleistungen flächendeckend, gemeinwohl- und nicht profitorientiert. Selbstbestimmung, Eigenverantwortung und Entfaltung der individuellen Fähigkeiten aller Menschen stehen in der Arbeit der Verbände Freien Wohlfahrtspflege an erster Stelle. Vor dem Hintergrund knapper Finanzmittel sind in den letzten Jahren die Investitionen in vielen Bereichen der Daseinsvorsorge zurückgefahren worden. Gleichzeitig haben sich die steuer- und beihilferechtlichen Rahmenbedingungen für die Freie Wohlfahrtspflege verschärft.

**Daher fordert die LAG FW eine Stärkung des Subsidiaritätsprinzips in allen Kernfeldern der Freien Wohlfahrtspflege.**

? Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass wieder mehr in die soziale Infrastruktur investiert und damit das Subsidiaritätsprinzip gestärkt wird?

Die Freie Wohlfahrtspflege trägt mit ihrer Arbeit zur sozialen Integration unserer Gesellschaft bei und leistet damit einen wesentlichen Beitrag zur Sozialen Daseinsvorsorge. Wir sehen eine gemeinsame Verantwortung von Bund, Ländern und Kommunen sowie Freier Wohlfahrtspflege zur Ausgestaltung der sozialen Daseinsvorsorge, um Vielfalt und Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in den unterschiedlichen ländlichen und städtischen Räumen zu gewährleisten.

**Die LAG FW fordert daher die Einrichtung einer Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern zur Sicherung der regionalen Daseinsvorsorge.**

? Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass die Einrichtung einer dritten Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern zur Sicherung der regionalen Daseinsvorsorge geprüft und gegebenenfalls umgesetzt wird?



Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege  
in Niedersachsen e.V.

## 1. Armut und Bildung

Nahezu 85.000 Menschen sind laut der Handlungsorientierten Sozialberichterstattung Niedersachsen (HSBN) von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen. Ihre Aussichten auf „reguläre“ Beschäftigung sind gering. Eine Chance für sie besteht in einem öffentlich geförderten Beschäftigungssektor.

**Die LAG FW fordert deshalb die Schaffung eines verlässlichen Sozialen Arbeitsmarktes und die Abschaffung von Sanktionen.**

? Wie steht Ihre Partei zu einem öffentlich geförderten Beschäftigungssektor und was wollen Sie gegen die hohe Anzahl an Langzeitarbeitslosen und für die Betroffenen tun?

Zudem sind 15,9 Prozent der niedersächsischen Bevölkerung nach Angaben der HSBN gegenwärtig von Armut betroffen (Armutgefährdungsquote): vor allem Alleinerziehende, Geringqualifizierte, Erwerbslose, Ausländer, Menschen mit Migrationshintergrund und Rentner. Die Armutsquote liegt über dem Bundesdurchschnitt (15,7 Prozent) und bedeutet einen Höchststand seit Beginn solcher Erhebungen 2005.

**Die LAG FW fordert deshalb einen zielgenauen Einsatz von Instrumenten der Förderung, Unterstützung und Beratung sowie Qualifizierung und Beschäftigung zur Armutsbekämpfung.**

? Welche Maßnahmen wird Ihre Partei ergreifen, um den hohen Anteil von Armut betroffener niedersächsischer BürgerInnen und Bürger zu verringern? Mit welchen Ansätzen wollen Sie den prekären Situationen der verschiedenen Zielgruppen, unter anderem Alleinerziehende, Menschen mit Migrationshintergrund sowie Rentner, entgegenzutreten?

Um einer Armutsgefährdung bereits frühzeitig entgegenzusteuern, gilt es bei den jüngsten in unserer Gesellschaft, den Kindern, anzusetzen, sowohl durch die Bekämpfung von Armut als auch durch maßgeschneiderte und fördernde Bildungsangebote und -möglichkeiten.

**Die LAG FW fordert daher eine gesetzliche Grund-sicherung für Kinder sowie die Novellierung des Niedersächsischen Kindertagesstättengesetzes (KitaG) mit verbesserten und modernen Strukturen.**

? Inwieweit unterstützt Ihre Partei die Forderung der LAG FW nach einer gesetzlichen Kindergrund-sicherung? Auf welche Weise und mit welcher inhaltlichen Ausgestaltung haben Sie vor, das Niedersächsische KitaG zu novellieren?

Die 100 Jugendwerkstätten und 45 Pro-Aktiv-Centren (PACE) in Niedersachsen stellen einen wesentlichen Bestandteil der Jugendberufshilfe dar. Sie sind eng in die Planung und Entwicklung der Jugendberufshilfe auf Landesebene, in den Regionen und auf kommunaler Ebene eingebunden und leisten einen wesentlichen Beitrag zur Unterstützung bei der sozialen und beruflichen Integration von sozial benachteiligten und individuell beeinträchtigten jungen Menschen. Allein in den Jahren 2007 – 2015 haben in Niedersachsen 48.050 junge Menschen die Angebote der Jugendwerkstätten genutzt, 113.940 junge Menschen nahmen Angebote der PACE-Standorte wahr. Es ist davon auszugehen, dass nach Auslaufen der Förderperiode 2020 nicht mehr genügend Mittel aus dem europäischen Sozialfonds (ESF) zur Verfügung stehen.

**Die LAG FW fordert daher, das Programm Jugendwerkstätten/PACE aus der ESF-Förderung herauszulösen und die Förderung ab 2021 über ein Landesprogramm, basierend auf der Finanzierung des überörtlichen Trägers sowie der örtlichen Träger der Jugendhilfe auf der Grundlage des § 13 SGB VIII zu gewährleisten. Dabei sind insbesondere Schnittstellen zum SGB II und III zu beschreiben.**

? Wird Ihre Partei die Jugendwerkstätten und PACEs – auch bei Wegfall von EU-Förderung – flächendeckend durch die Entwicklung eines Landesprogramms im Rahmen der Landesjugendhilfeplanung absichern?



Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege  
in Niedersachsen e.V.

## 2. Inklusion

Beispiel Schule: Obwohl ein gemeinsamer Unterricht von Behinderten und Nicht-Behinderten in Niedersachsen vor Jahren auf den Weg gebracht wurde, ist das Land von einem inklusiven Schulsystem noch weit entfernt. Es fehlt an Sonderpädagogen, Räumlichkeiten und Lehrerfortbildung.

**Die LAG FW fordert deshalb, die Inklusion in allen Bildungseinrichtungen umzusetzen und das Thema Inklusion von Menschen mit Behinderungen als Querschnittsthema anzunehmen. Insbesondere Kinder und Jugendliche mit Behinderung müssen stärker in den Fokus rücken.**

? Wie wird Ihre Partei das Thema Inklusion von Menschen mit Behinderung, insbesondere in den Bildungseinrichtungen voranbringen? Wie werden Sie die Strukturen zur Förderung des Sozialraumes weiter ausbauen? Mit welchen Maßnahmen wollen Sie eine flächendeckende Praktizierung eines gemeinsamen Unterrichtes für Kinder mit und ohne Behinderung voranbringen? Wie sieht Ihre Partei die Weiterentwicklung der Tagesbildungsstätten?

## 3. Pflege / Altenpflege

Nach der aktuellen Statistik erhielten Ende 2015 in Niedersachsen 317.568 Personen Leistungen nach dem Pflegeversicherungsgesetz (SGB XI). 146.377 Personen (68,6 Prozent) wurden ausschließlich durch Angehörige gepflegt. Weitere 79.651 Pflegebedürftige erhielten Unterstützung durch einen ambulanten Pflegedienst. In stationären Pflegeheimen und teilstationären Einrichtungen wurden 103.305 Frauen und Männer versorgt.

Mit dem Fortschreiten des demografischen Wandels steigt die Zahl der Menschen mit Pflege- und Betreuungsbedarf kontinuierlich. In Niedersachsen um 10,2 Prozent innerhalb von nur zwei Jahren. Von diesen Veränderungen sind besonders ländliche Gebiete betroffen. Den größten Zuwachs an Pflegebedürftigen haben dabei ambulante Pflegedienste.

**Vor diesem Hintergrund fordert die LAG FW:**

- eine flächendeckende Stärkung der ambulanten Pflege, insbesondere die Sicherstellung der ambulanten Pflege im ländlichen Raum, mit einer auskömmlichen Refinanzierung in allen Bereichen.
- die Einführung einer solidarischen Umlagefinanzierung der Ausbildungsvergütung in der Altenpflegeausbildung.
- eine offenere Gestaltung der Fachkräftedefinition in der Pflege.
- die Unterstützung aller Bemühungen zur Anhebung des Personalschlüssels auf der Basis des neuen Pflegeverständnisses.

? Was schlägt Ihre Partei vor, um die gegenwärtig kritische Situation in der Pflege, insbesondere im ambulanten Bereich, in Niedersachsen zu verbessern? Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um die Forderungen der LAG FW nach einer flächendeckenden Stärkung der auskömmlich finanzierten ambulanten Pflege, einer Ausbildungsumlage sowie der Anhebung der Personalschlüssel gemäß neuem Pflegeverständnis anzugehen?



Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege  
in Niedersachsen e.V.

#### 4. Integration / Vielfalt

Menschen, die vor Krieg und Verfolgung flüchten müssen, sollen einen umfassenden Schutz und eine Perspektive für ein friedliches und selbstbestimmtes Leben in unserer Gesellschaft erhalten. Zwar hat sich Niedersachsen nicht an den Sammelabschiebungen des Bundes im Dezember 2016 und im Januar 2017 nach Afghanistan beteiligt, allerdings schließt das Land die Abschiebung abgelehnter Asylbewerber nicht grundsätzlich aus.

**Die LAG FW fordert deshalb ein klares „Nein“ zu Abschiebungen nach Afghanistan, die Einrichtung einer unabhängigen Asylverfahrensberatung sowie einen erweiterten Handlungsspielraum bei der Finanzierung von SprachmittlerInnen und DolmetscherInnen.**

? Wie wird sich Ihre Partei bzgl. der Forderungen im Themenfeld Migration und Integration der LAG FW verhalten? Welche konkreten Maßnahmen wollen Sie zur Integration der zu uns zugewanderten Menschen ergreifen?

Das Land hat die Mittel für die Migrations- und Flüchtlingsberatung auf ein gutes Niveau aufgestockt. Doch der Bedarf vor Ort ist auch weiterhin immens hoch und die Integration der Flüchtlinge in unsere Gesellschaft und die Arbeitswelt braucht Zeit.

**Deshalb fordert die LAG FW, dass die bestehende Infrastruktur auch in den nächsten Jahren aufrechtzuhalten bzw. auszubauen.**

? Wie möchte Ihre Partei mit der Förderung der Migrations- und Flüchtlingsberatung in den kommenden Jahren verfahren? Welche Schwerpunkte wollen Sie setzen?

#### 5. Digitalisierung der Sozialwirtschaft

Von A wie Altenpflegegesetz bis W wie Wohngeldgesetz – das komplexe Feld der Digitalisierung hat inzwischen auch den Wohlfahrtsstaat, sprich Sozialwirtschaft und Sozialgesetzgebung erreicht.

**Die LAG FW fordert deshalb, das Thema Digitalisierung in der Sozialgesetzgebung mitzudenken.**

? Wie steht Ihre Partei dazu, digitale und hybride Leistungen in den Leistungskatalogen zu berücksichtigen? Wird sich Ihre Partei der rechtlichen Klärung sowie der Etablierung einheitlicher und sicherer Standards für eine verschlüsselte Kommunikation zwischen allen Beteiligten und für einen einfachen und schnellen Informationsaustausch annehmen? Wenn ja, mit welchen konkreten Maßnahmen wollen Sie die Ziele erreichen?

#### 6. Sozialer Wohnungsbau

Wohnungsbau und Wohnungsversorgung ist ein wichtiges gesellschaftliches Thema. Durch die demographische Entwicklung, durch Zuwanderung und durch Armut entstehen neue, spezielle Wohnbedürfnisse, die am Markt nicht befriedigt werden können. Für einen zunehmenden Teil der Bevölkerung ist der Zugang zu bezahlbarem Wohnraum mit guter infrastruktureller Anbindung schwierig.

**Die LAG FW fordert daher einen sozialen Wohnungsbau und eine zielgruppenorientierte Wohnungsversorgung.**

? Welche Maßnahmen sieht Ihre Partei vor, um den sozialen Wohnungsbau weiter voranzutreiben? Wie stehen Sie Spezialprogrammen, bspw. einem Programm für bezahlbaren Wohnraum für Wohnungslose, gegenüber?